

Herrn  
Landrat Mario Löhr  
-im Hause-

*Fraktionen sowie Büro Sitzungsdienst und Gleichstellung zur  
Kenntnis*

20.01.2026

ml-sl

## **Antrag „Reduzierung der Saatkrähenpopulationen im Kreis Unna“**

Sehr geehrter Herr Löhr,

die SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna stellt folgenden Antrag und bittet um Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss für Natur, Umwelt und Klimaschutz am 09.03.2026, im Kreisausschuss am 23.03.2026 sowie im Kreistag am 25.03.2026.

### **Antrag:**

**Die Kreisverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorgaben und unter Ausschöpfung des zulässigen Ermessens zeitnah geeignete Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, um die Krähenpopulation im Kreis Unna, insbesondere in den Kommunen Holzwickede und Unna, auf ein rechtlich zulässiges Maß zu begrenzen.**

**Dabei ist eine Abstimmung mit den betroffenen Kommunen vorzunehmen, soweit dies ohne wesentliche Verzögerungen möglich ist bzw. sollen diese bei entsprechender Antragstellung unterstützt werden.**

**Der Kreistag bzw. der zuständige Ausschuss sind regelmäßig über die ergriffenen oder geprüften Maßnahmen zu informieren. Zudem ist darzustellen, welche rechtlichen Vorgaben oder Beteiligungserfordernisse anderer Behörden einer weitergehenden Reduzierung entgegenstehen.**

### **Begründung:**

In den Kommunen Holzwickede und Unna führen stark anwachsende Saatkrähenpopulationen seit mehreren Jahren zu erheblichen Beeinträchtigungen der Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner. Insbesondere massive Lärmbelastungen in den frühen Morgenstunden, starke Verschmutzungen des öffentlichen Raums sowie Einschränkungen der Nutzbarkeit von Spiel-, Freizeit- und Verkehrsflächen stellen ein dauerhaftes Problem dar. Vereinzelt wird zudem von aggressivem Verhalten der Tiere berichtet.

Bisher konnten für die betroffenen Menschen keine nachhaltigen Verbesserungen erzielt werden. Ursache hierfür sind vor allem die engen naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen, die den kommunalen Handlungsspielraum selbst in besonders belasteten innerörtlichen Bereichen erheblich begrenzen. Dies führt bei der betroffenen Bevölkerung zunehmend zu Unverständnis und Vertrauensverlust gegenüber staatlichem Handeln.

Ziel des Antrags ist es daher, im Rahmen der geltenden Rechtslage alle zulässigen Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen, um die Belastungen für die Bevölkerung zu reduzieren. Zugleich soll transparent dargestellt werden, welche rechtlichen Vorgaben oder Beteiligungserfordernisse weitergehenden Maßnahmen entgegenstehen, um eine sachliche Grundlage für politische Bewertungen und mögliche Initiativen auf übergeordneter Ebene zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen



Maik Luhmann  
Vorsitzender



Frederik Bald  
Kreistagsmitglied



Sebastian Laaser  
Geschäftsführer